

Bildung und Familien fördern

Bidens nächster Billionen-Plan

Von Sebastian Smith

Washington. In seiner ersten Rede vor dem US-Kongress wollte Präsident Joe Biden am Mittwochabend (Ortszeit) weitreichende Reformpläne für die Familienpolitik vorstellen. Finanziert werden soll das 1,8 Billionen Dollar (1,5 Billionen Euro) teure Familienprogramm auch durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, wie ein Regierungsvertreter vorab erklärte. „Der Präsident wird eine Reihe von Maßnahmen vorschlagen, um sicherzustellen, dass die wohlhabendsten Amerikaner die Steuern zahlen, die sie schuldig sind.“

In seiner Rede am Vorabend seines 100. Tages im Amt dürfte Biden auch über die Fortschritte der Corona-Impfkampagne, Polizeireformen, schärfere Waffenkontrollen und die Migrationspolitik sprechen. Im Mittelpunkt seiner innenpolitischen Agenda steht jedoch der billionenschwere „Amerikanische Familienplan“.

Er umfasst nach Angaben des Weißen Hauses Investitionen in Höhe von rund einer Billion Dollar sowie 800 Milliarden Dollar Steuererleichterungen für Familien. Die Regierung plant demnach den steuerlichen Kinderfreibetrag von derzeit 2000 Dollar auf 3000 bis 3600 Dollar je nach Alter des Kindes zu erhöhen. Auch bei den Kosten für die Kinderbetreuung sollen Familien unterstützt werden.

Rund 200 Milliarden Dollar sollen in den Vorschulunterricht für Kinder ab drei Jahren fließen. Mit 109 Milliarden Dollar

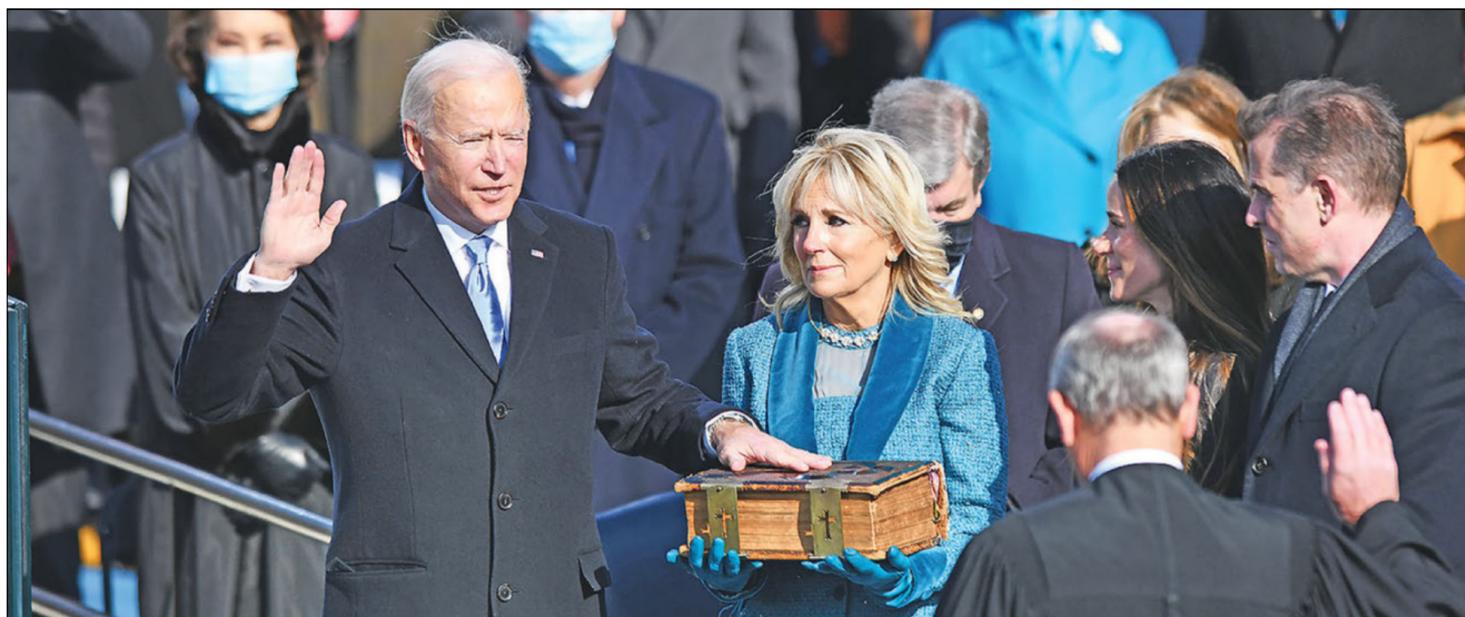
Durch Steuererhöhungen soll das Programm finanziert werden

will die Regierung zwei Jahre kostenloses Studium an Community Colleges genannten Hochschulen ermöglichen.

Zur Finanzierung der Reformen will Biden unter anderem die von seinem Vorgänger Donald Trump verlassenen Steuersenkungen für Reiche rückgängig machen. Menschen mit einem Jahreseinkommen unter 400 000 Dollar sollen hingegen von Steuererhöhungen verschont bleiben. „Es gibt eine breite Unterstützung der US-Bevölkerung für diesen Ansatz“, sagte der Regierungsvertreter am Mittwoch. „Bei diesen Reformen geht es im Grunde um Fairness im Steuerrecht.“

Der Spitzensteuersatz soll demnach von 37 Prozent wieder auf 39,6 Prozent angehoben werden. Betroffen davon wären rund ein Prozent der US-Haushalte. Die Kapitalertragssteuer soll von 20 auf 39,6 Prozent angehoben und damit fast verdoppelt werden. Dies gilt den Angaben zufolge für 500 000 Haushalte und damit 0,3 Prozent der Steuerzahler. Zudem sollen Steuerschlupflöcher für Reiche geschlossen und der Finanzverwaltung mehr Kontrollmöglichkeiten eingeräumt werden.

Es ist bereits das dritte billionenschwere Reformpaket, das die US-Regierung vorlegt. Bereits beschlossen ist ein Corona-Hilfspaket im Umfang von 1,9 Billionen Dollar, um die Konjunktur anzukurbeln. Über ein Infrastrukturpaket in Höhe von zwei Billionen Dollar für den Ausbau von Straßen, Brücken, Breitband und erneuerbaren Energien wird derzeit noch diskutiert.



Amtsritt vor 100 Tagen: Am 20. Januar wird Joseph R. Biden vor dem Kapitol in Washington vom Obersten Richter John Roberts als 46. Präsident der USA vereidigt, während seine Frau Jill die Familienbibel hält. Rechts im Bild schauen Bidens Kinder Ashley und Hunter der Zeremonie zu. Foto: dpa

„Joe Biden verkörpert eine Art Anti-Reagan“

Der Heidelberger Amerika-Experte Martin Thunert über den Start des neuen US-Präsidenten und seine politischen Schwerpunkte

Von Christian Altmeier

Heidelberg. Martin Thunert (Foto: privat) ist Politikwissenschaftler am Heidelberg Center for American Studies (HCA) und assoziiertes Mitglied des Zentrums für Nordamerikastudien der Universität Frankfurt.



> Herr Dr. Thunert, welche Note würden Sie US-Präsident Joe Biden für seine ersten 100 Tage im Amt geben?

Ich denke, er würde eine Zwei minus von mir bekommen. Das ist sicherlich eine sehr strenge Bewertung, die schlechter ausfällt als in den meisten Medien derzeit. Aber es gibt in seiner Politik große Unterschiede zwischen den einzelnen Bereichen. Für sein Krisenmanagement in der Corona-Pandemie hat er klar eine Eins verdient. Für die Flüchtlingspolitik und das Chaos an der Grenze würde ich ihm aber eher eine Vier geben. Das ist auch laut Umfragen in den USA seine Achillesferse. Deshalb halte ich eine schwache Zwei insgesamt für angemessen.

> Im Wahlkampf wurde Biden von Donald Trump als „schläfriger Joe“ verspottet. Seinen Start im Amt hat er aber nicht verschlafen, oder?

Nein, die neue Regierung hat richtig Gas gegeben. Biden und sein Team hatten schon etliche Maßnahmen in petto und wirkten gut vorbereitet auf den Start ins Amt. Außerdem hat Biden, im Gegensatz zu Trump, überwiegend Leute mit Regierungserfahrung in sein Kabinett geholt, von denen er viele bereits aus der Obama-Administration kennt. Auf Dau-

er kann das auch eine Komfortzone sein, die träge macht. Aber der Start war sicherlich schwungvoll.

> Hat Biden denn trotz der vielen Obama-Mitarbeiter eine eigene Agenda?

Ja, die ist bereits klar erkennbar. Biden wird inzwischen von den progressiven Demokraten deutlich positiver eingeschätzt als noch während des Vorwahlkampfes. Die unabhängigen Wähler halten ihn dagegen für weiter links stehend. Das liegt auch daran, dass sich in den vier Jahren zwischen den Amtszeiten von Obama und Biden in den USA politisch viel verändert hat. Es gab eine populistische Revolte in beiden Parteien. Bernie Sanders etwa stand bei den Demokraten lange Zeit am äußersten Rand der Partei. Sowohl 2016 als auch 2020 hätte er dann fast die Präsidentschaftskandidatur erobert. Bei den Republikanern wiederum hat der Populist Trump sich sogar durchgesetzt. Biden hat diese Veränderung verstanden.

> Wie wirkt sich das konkret aus?

Es gibt trotz der Gegensätze eine Reihe von Kontinuitäten von der Trump-Regierung zur Biden-Regierung. Das Infrastrukturpaket etwa, das Biden derzeit durch den Kongress bringen will, hatte Trump bereits in ähnlicher Form versprochen – wenn auch nie umgesetzt. Und für beide Regierungen spielt die Reduzierung der Neuverschuldung oder gar die „schwarze Null“ keine zentrale Rolle mehr.

> Aber Biden hat auch eigene Themen?

Ja, natürlich. Ein zentraler Punkt ist, dass er eine Art „Anti-Reagan“ verkörpert. Vor 40 Jahren hat Ronald Reagan damit begonnen, den Einfluss des Staates in den USA radikal zurückzudrängen. Für ihn

war der Staat nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Biden versucht, das Vertrauen in den Bundesstaat als Problemlöser durch populäre Maßnahmen wiederherzustellen. Dabei hilft ihm derzeit die Pandemie. Ob es ihm nachhaltig gelingt, das Staatsvertrauen zu erhöhen, ist noch nicht abzusehen. Aber die neoliberale Auffassung, dass der Staat geschliffen werden muss, hat ebenfalls keine Mehrheit mehr.

> Wie bewerten Sie das öffentliche Auftreten Bidens?

Biden versucht sich auch in diesem Punkt von Reagan abzusetzen. Für Reagan und die meisten seiner Nachfolger als Präsident waren Rhetorik und Kommunikation zentrale Elemente ihrer Amtsführung. Biden hält sich da eher zurück. Er ist medial nicht omnipräsent und gibt



kaum Pressekonferenzen. Er präsentiert sich als arbeitender Präsident, der theatralischen Auftritten und präsidentieller Rhetorik weniger Bedeutung beimisst, als die Präsidenten der letzten 40 Jahre.

> Ist Biden aus deutscher Sicht der erhoffte Partner in Washington?

Ja, aus Sicht der Bundesregierung ist er sicherlich der erhoffte Partner. Die Frage ist eher, ob die Deutschen auch der erhoffte Partner für Biden sind. Die neue US-Regierung tritt zum Beispiel sehr hart

gegenüber Russland und Wladimir Putin auf. Da tun sich die Deutschen noch sehr schwer. In Bezug auf den Konflikt in der Ostukraine etwa hat Bundesaußenminister Heiko Maas immer wieder Dialogbereitschaft gegenüber Moskau signalisiert, während die Amerikaner den Druck erhöhen wollten. Ein weiterer Konfliktpunkt bleibt natürlich die Ostseepipeline Nordstream 2. Auch Biden ist strikt dagegen, auch wenn er mit Maßnahmen noch zögert. Und schließlich wird Deutschland irgendwann Farbe bekennen müssen im Umgang mit China. Fein säuberlich zwischen Politik und Wirtschaft zu trennen, wird auf Dauer nicht funktionieren.

> Biden will auch die politischen Gräben in den USA verringern. Gibt es da bereits Erfolge?

Nein, bisher nicht. Mit Ausnahme der Pandemie-Bekämpfung bekommt Biden sogar weniger Zuspruch von Anhängern der Republikaner als Barack Obama in seinen ersten 100 Tagen im Amt. Biden hat allerdings beim wichtigen Pandemiebekämpfungsgesetz auch keine Kompromisse mit den Republikanern gesucht, sondern das Gesetz mit der knappen Mehrheit der Demokraten im Senat durchgebracht. Entscheidend wird zudem sein, ob Biden Forderungen der Parteilinken entspricht, institutionelle Barrieren des Durchregierens, wie etwa den Filibuster im Senat, abzubauen. Auch eine Erweiterung des Supreme Courts ist noch im Gespräch. Das würde von den Republikanern als Kriegserklärung aufgefasst.

Info: Was Martin Thunert zur Außenpolitik von Joe Biden und der Zukunft der Republikaner sagt, lesen Sie unter: www.rnz.de/politik

Handelspartner und Rivalen

Die schwierige Gemengelage der deutsch-chinesischen Konsultationen

Von Gernot Heller, RNZ Berlin

Berlin. Schon mit ihren Eingangsworten machte Bundeskanzlerin Angela Merkel klar: Die sechsten deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen sollten keine Schönwetter-Veranstaltung werden. „Zu unserer Partnerschaft gehört auch, dass wir schwierige Themen ansprechen und alles auf den Tisch legen können“, sagte sie am Mittwoch an die Adresse von Chinas Ministerpräsident Li Keqiang. Offensiv verwies sie etwa auf die Lage in Hongkong. Wiederholt hatte der Westen das Vorgehen gegen die dortige Demokratiebewegung kritisiert; ebenso heftig hatte sich Chinas Führung das verbeten. „Ich würde mir wünschen, dass wir baldmöglichst den Menschenrechtsdialog wieder in Gang setzen könnten“, äußerte Merkel. Es reiche nicht, nur unter Regierungschefs darüber zu sprechen. Li Keqiang warb für eine offene Kooperation zum Wohle beider Seiten – fügte aber an: „Unnötige Störungen“ seien zu vermeiden, der Grundsatz der „Nicht-Einmischung“ zu wahren.

> Signale und Ergebnisse: Dass die Konsultationen überhaupt weitergeführt

werden, wertete der deutsche Außenhandelspräsident Anton Börner bereits als gutes Signal. Zwar gab es keine Pressekonferenz, mit der solche Treffen oft publikumswirksam „gekrönt“ werden. Immerhin wurden ein Außenminister-Kommunique abgeschlossen und eine Reihe von Absichtserklärungen unterzeichnet. Sie gelten Themen wie Gesundheit, Klima, Arbeit und Soziales, Lebensmittel, Verkehr sowie Entwicklungshilfe.

> Ausgangslage: „China ist gleichzeitig Partner, Wettbewerber und Systemrivale“, hatte Außenminister Heiko Maas kürzlich als Leitlinie formuliert. Das Land ist seit Jahren der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Zudem betonte auch Merkel nun, dass China als Partner zur Lösung globaler Probleme wie Klimawandel oder Pandemie gebraucht wird. Andererseits bestehen fundamentale Gegensätze etwa bei Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit.

> Wirtschaftliche Probleme: Auch in den florierenden Wirtschaftsbeziehungen, die die deutsche Konjunktur in der Corona-Krise massiv stabilisiert haben, knirscht es. Gerade erst hat das Bundeskabinett



Deutsch-chinesische Videokonferenz: Chinas Premier Li Keqiang (o.l.), Kanzlerin Angela Merkel, Entwicklungskoordinator He Lifeng (u.l.) und Wirtschaftsminister Peter Altmeier. F.: dpa

eine Verordnung gebilligt, die es chinesischen Investoren erschwert, deutsche Technologie-Perlen zu übernehmen. Auch wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Hürden für den chinesischen Huawei-Konzern zur Beteiligung am 5G-Netzausbau erhöht. Hinzu kommen Klagen aus der deutschen Wirtschaft, dass China immer protektionistischer und nationalistischer agiert. Auch Börner merkt einen „negativen Trend“ wie Einreiserestrictionen oder verstärkte Einflussnahmen durch Staat und Partei.

> Europa-USA-China: Ein zusätzliches Problem ist der harsche Streit der USA

mit China. Wie sich Deutschland und Europa hier positioniert, ist eine der Kernfragen. Man brauche beide Partner, heißt es mahndend aus der Wirtschaft.

> Ende der Ära Merkel: Die Kanzlerin stand über die Jahre für ein trotz allem vertrauensvolles Verhältnis mit China. Das hat nun ein Ende. Es seien ihre letzten Regierungskonsultationen – aber hoffentlich nicht die letzten überhaupt, sagte sie am Mittwoch. Ob und wie es weitergeht, hängt maßgeblich davon ab, wer ihr im Amt folgt. Grünen-Chefin Annalena Baerbock plädiert jedenfalls für einen härteren Kurs gegenüber China.

Moskau weist sieben EU-Diplomaten aus

Moskau. (AFP) Moskau weist sieben EU-Diplomaten aus, weil sich diese solidarisch mit Tschechien in einem Streit mit Russland zeigten. Wie das Außenministerium in Moskau am Mittwoch mitteilte, wurden vier Diplomaten aus den baltischen Staaten sowie drei weitere aus der Slowakei des Landes verwiesen. Zwischen Tschechien und Russland schwelt derzeit ein heftiger Streit um eine Geheimdienstaffäre, Prag und Moskau haben deshalb bereits zahlreiche Diplomaten der Gegenseite ausgewiesen.

Aus Solidarität mit der Regierung in Prag hatten die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen ihrerseits russische Diplomaten ausgewiesen, auch die Regierungen in Ungarn, Polen und der Slowakei stellten sich hinter Prag.

Der tschechische Geheimdienst hatte Russland vorgeworfen, hinter zwei Explosionen in einem Militärdepot im Osten Tschechiens zu stecken, bei denen im Jahr 2014 zwei Menschen getötet worden waren. Demnach sollen zwei russische Geheimdienst-Mitarbeiter die Explosionen ausgelöst haben. Es soll sich um dieselben Agenten handeln, denen auch die Vergiftung des ehemaligen Doppelagenten Skripal und seiner Tochter im britischen Salisbury im Jahr 2018 zur Last gelegt wird. Die Vorwürfe führten zum Zerwürfnis zwischen Prag und Moskau und zur gegenseitigen Ausweisung der Diplomaten.